

Ein Schritt ist nötig, welcher deutlich macht, daß diese Menschen gebraucht werden, daß ihre Meinung Gewicht hat.

Öffnen Sie die Massenmedien in unserem Lande für das Gespräch über unser Land. Lassen Sie die Resolution der Berliner Schriftsteller vom 14. September 1989 im ND abdrucken.

Lassen Sie die Gedanken von „Neues Forum“ und Anderen veröffentlichen, daß die Menschen in Kenntnis der Texte selbst nachdenken können und lassen Sie dies ein Anfang sein.

Die praktizierte Medienpolitik in unserem Lande dreht die Köpfe der Menschen mit Gewalt in Richtung Westen. Das Denken dort ist ein Anderes, aber wir können auch das nur ändern, wenn wir beginnen, anders zu denken.

Streiten wir nicht über Formen der Demokratie, sprechen wir über den Inhalt.

Die Probleme, vor denen die Menschheit steht, sind nicht mehr zu verdrängen und sie sind nicht im Alleingang zu lösen, dazu braucht es alle Kraft aller Menschen.

Im Sinne unserer Republik, der öffentlichen Sache, geben Sie deshalb ein Zeichen. Sie haben die Macht.

Mit freundlichen Grüßen

Gewerkschaftsgruppe

Künstlerisches Personal und Vertrauensleute

Deutsches Theater Berlin

Berlin, 26. September 1989

Quelle: Privatarchiv der Herausgeber/innen

**DOKUMENT 11: BRIEF DER VERTRAUENSLEUTE IM VEB BERGMANN-
BORSIG AN HARRY TISCH, 29. 9. 1989**

Berlin, den 29. 9. 1989

Sehr geehrter Kollege Harry Tisch!

Stellvertretend für den überwiegenden Teil von 480 Gewerkschaftsmitgliedern, wenden wir Vertrauensleute und AGL-Funktionäre der AGL (Technischer Bereich) des VEB Bergmann Borsig, Berlin, uns mit diesem offenen Brief an Sie, um auf einige sich in der letzten Zeit verschärfende Probleme in unserer Arbeit hinzuweisen. Wir tun das in der Überzeugung, daß Sie in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender des FDGB-Bundesvorstandes und Mit-

glied des Politbüros des ZK der SED Einfluß auf die Überwindung der im folgenden dargelegten Situation ausüben können.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen wir Gewerkschaftsmitglieder die derzeitige politische Entwicklung in unserem Lande. Viele unserer Kollegen treten zunehmend kritisch auf und bekunden Befremden und Unzufriedenheit. Insbesondere stößt die offizielle Interpretation der politischen Realität und aktueller Geschehnisse durch die Massenmedien der DDR mehr als bisher auf Unverständnis. Es liegt auf der Hand, daß sich in einem derartigen Stimmungsklima Wettbewerbsmüdigkeit und nachlassende Leistungen breit machen, wie es z. B. bei der Plandiskussion 1990 zutage trat.

In der Diskussion ist eine nahezu einhellige Ablehnung der Art und Weise festzustellen, wie Presse, Rundfunk und Fernsehen tiefgreifende und die Werktätigen bewegende aktuelle politische Probleme abhandeln oder zum Teil verschweigen. Dabei wird in keiner Weise der Tatsache Rechnung getragen, daß es sich bei unseren Menschen um politisch urteilsfähige, mündige sozialistische Persönlichkeiten handelt, die einen Anspruch auf objektive Informationen haben.

Besonders krass kommt im Zusammenhang mit der legalen und illegalen Ausreise vieler unserer Mitbürger in die BRD zum Ausdruck, wie weit Realität und Propaganda voneinander entfernt sind. Inzwischen sind auch aus unseren Reihen schmerzliche Verluste zu beklagen. Verlassen haben uns Menschen, die in unseren Schulen eine sozialistische Erziehung erhielten und die in unserem Land eine gesicherte Existenzgrundlage hatten.

Es trifft nicht im entferntesten die Überzeugung und Empfindung der Mehrzahl unserer Kollegen, wenn die Medien nach peinlichem Schweigen nun den Versuch unternehmen, die Abkehr so vieler unserer Menschen ausschließlich als Machwerk des Klassengegners zu entlarven, bei dem diese DDR-Bürger nur Opfer oder Statisten sein sollen. Wir sind auch nicht der Meinung, daß es nützlich ist, die Minderheit prozentual zu errechnen und im übrigen davon auszugehen, daß die Hiergebliebenen die Zufriedenen seien. Bei Anhalten dieser Situation werden kurz oder lang schwerwiegende Folgen für viele Bereiche unserer Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben eintreten. Wir halten es deshalb für dringend erforderlich, daß die wahren Gründe, die zum Weggang unserer Bürger führen, sorgfältig und ehrlich untersucht und diskutiert werden.

Einer der Gründe ist mit Sicherheit die unzureichende ökonomische Stärke der DDR und die gesamte daraus resultierende Palette an Restriktionen für unsere Menschen, ein anderer, das gestörte Vertrauensverhältnis der Bevölkerung zum Staat und seiner führenden Partei.

Kollege Tisch, wir wenden uns an Sie, weil wir um die Entwicklung unseres Landes besorgt sind und nach Wegen suchen, weiteren Schaden abzuwenden. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie Ihre ganze Kraft und die Ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten einsetzen, um den öffentlichen Dialog über dringend notwendige Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen einzuleiten und durchzusetzen. Dabei kommt nach unserer Überzeugung dem Einfluß der Gewerkschaft entscheidende Bedeutung zu. Wir müssen den Menschen neue Perspektiven bieten, die es ermöglichen, das bisher Erreichte auf der Basis wirklicher, individueller Einflußnahme weiterzuentwickeln. Der Sozialismus muß zu einer neuen Attraktivität entfaltet werden, die alle motiviert, sich mit ihm zu identifizieren.

Wir und unsere Mitglieder wären Ihnen für eine baldige Antwort dankbar.

(20 Unterschriften)

Quelle: Privatarchiv der Herausgeber/innen

DOKUMENT 12: AUFRUF DER „INITIATIVE ZUR DEMOKRATISCHEN UMGESTALTUNG DER GESELLSCHAFT“, INITIATIVGRUPPE VON ARBEITERN AUS DEM VEB ELGAWA, PLAUEN, O. D. (ANFANG OKTOBER 1989)

Bürger der Stadt Plauen! Am 7. Oktober findet auf dem Plauener Theaterplatz eine Protestdemonstration statt!! Beginn: 15.00 Uhr. Unsere Forderungen lauten: Versammlungs- und Demonstrationsrecht, Streikrecht, Meinungs- und Pressefreiheit, Zulassung der Oppositionsgruppe 'Neues Forum' sowie anderer unabhängiger Parteien und Umweltgruppen, freie, demokratische Wahlen, Reisefreiheit für alle. Bürger! Überwindet eure Lethargie und Gleichgültigkeit! Schließt euch zusammen! Es geht um unsere Zukunft! Informiert die Arbeiter in den Betrieben!

Quelle: zitiert aus: Thomas Küttler, Die Wende in Plauen; in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.), Die politische „Wende“ in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz, Weimar-Köln-Wien 1995, S.149